Einzelnummer 25 Pf.
2. Jahrgang. Nr. 85.
Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Einzelnummer 25 Pf.
Donnerstag, den 5. August 1920.
Fernsprecher: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: Azeit-Breslau.
Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:
Einzelnummer 25 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postscheckkonto: Nr. 23885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 1,60 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Reklame: Die Reklamezeile, dreigespalten oder deren Raum, hinter Text 3,- Mk.

Politische Uebersicht.

Der Siegesmarsch der Russen.

Die „Agence Havas“ veröffentlicht einen Bericht der Russen vom 2. August: In der Lomzagegend wurden das Bobnufer und das Narewufer überschritten. Die Offensive wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bolsk besetzt, ebenso die Station Balmaschew. Vier Geschütze sind erbeutet worden. Im Norden von Kobrin brachen die russischen Truppen den Widerstand des Feindes und eroberten neues Gebiet. Eine feindliche Batterie ist erstürmt worden.

WTB. London, 3. August. „Evening Standard“ meldet: 8000 russische Reiter sind an einem Punkte zwischen Grodno-Warschau eingetroffen. Die Blätter erkennen den Ernst der Lage an.

Die Lage an der polnischen Front.

In der Richtung Lomsha überschritten wir die Flüsse Bobr und Narew.

Westlich Bialystok wird unser Vormarsch mit Erfolg fortgesetzt. Südlich davon nahmen wir Belsk ein.

Im Abschnitt des Waldes von Belowiez nahmen wir die Station Belowiez ein, wobei wir 4 Geschütze eroberten.

Im Nordosten brachen unsere Truppen den starken feindlichen Widerstand, besetzten eine Reihe von Ortschaften und erbeuteten eine Batterie mit voller Bespannung.

In Richtung Kowel erreichten unsere Truppen den Stochod-Fluß und gehen längs der Eisenbahn vor. Wir besetzten Kowel.

Am Fluß Styr, im Abschnitt Lusk versuchte der Feind die Flußübergänge zu besetzen, jedoch ohne Erfolg.

Vor Tarnopol dauert der Kampf an und entwickelt sich zu unseren Gunsten.

Im Krimabschnitt dauert der hartnäckige Kampf an der ganzen Frontlinie an.

Fremdenflucht aus Warschau.

Paris, 2. August. Wie die „Times“ aus Warschau melden, haben die englischen, amerikanischen und französischen Gesandtschaften in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Gesandtschaften hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Vor dem Frieden?

Nach einer Wiener Meldung der „Vossischen Zeitung“ funkte die polnische Waffenstillstandskommission unter dem 2. August dem polnischen Minister des Aeußeren aus Moskau, daß die Sowjet-Regierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese Verhandlungen sollten am 4. August in Minsk beginnen. Da die polnische Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, erbaten die Sowjetdelegierten entweder eine Erweiterung der polnischen Vollmachten, oder das Eintreffen von neuen, mit neuen Vollmachten ausgerüsteten Delegierten. Am 2. August traf bei dem Oberkommando des Sowjetheeres eine Depesche des Generalstabschefs der polnischen Armee ein, der die Bitte aussprach, dem Führer der polnischen Waffenstillstandsabordnung die Ermächtigung zu geben, die für die polnischen Parlamentäre erforderliche Verständigungsmöglichkeit herzustellen. Darauf antwortete der russische Volkskommissar Tschitscherin dem polnischen Minister des Aeußeren Sapieha, der drahtliche Verkehr der polnischen Waffenstillstandskommission mit der polnischen Heeresleitung solle nicht verhindert werden, nur wünsche er die Aufmerksamkeit der Waffenstillstandsabordnung auf die Note hinzulenken, in der die Sowjetregierung die Absicht ausgesprochen hat, die Verhandlungen zu einem Friedensschluß auszubauen.

Offizielle Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Italien.

Die Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion in Italien, Bianchi und Dugonie, hatten von der italienischen Regierung gefordert, es solle in Rom eine von ihr anerkannte Gesandtschaft der russischen Sowjet-Republik errichtet werden. Wie der „Avanti“ mitteilt, hat der italienische Ministerpräsident Giolitti nunmehr nach Rücksprache mit dem Minister des Aeußern, dem Fürsten Sforza, die diplomatischen Beziehungen mit dem revolutionären Rußland sofort aufzunehmen und den Vertreter Sowjetrußlands, Wolosky, als Gesandten anzuerkennen. Der „Avanti“ macht dazu die Bemerkung, daß damit die Anerkennung Sowjetrußlands durch Italien zur Tatsache geworden sei.

Die Verhältnisse werden auch die anderen Staaten sehr bald dazu zwingen, mit Rußland ihren Frieden zu machen. Die Tatsache, daß es sich in der Gewalt des Proletariats befindet, hat eben auch der gesammelte Ansturm der imperialistisch-reaktionären Mächte nicht aus dem Buche der Zeit radieren können.

Offensive der weißen Terroristen?

Die ungarischen Mörder arbeiten fieberhaft. Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Sonntagsnummer erdrückendes Material. Auf ungarischem Boden werden gegenrevolutionäre deutsch-österreichische und tschecho-slowakische Formationen unterhalten, die ungarischen Truppen dauernd verstärkt, Waffen von überall her aufgekauft. Das eingestandene Ziel ist die Ueberrumpelung Oesterreichs und die Wiederherstellung der österreich-ungarischen Monarchie unter dem „Schutz“ der Horthy-Mörderbanden. Die Verbindungen der Kappisten, der Tiroler und der bayerischen Gegenrevolutionäre sind allbekannt. Ehrhardt war noch im Mai in Budapest und ist abgereist „unbekannt wohin“. Deutsche Offiziere befinden sich in großer Zahl in Ungarn.

Oesterreichischer Hilferuf an die Internationale.

Die „Arbeiterzeitg.“ meldet: Der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission richteten eine Kundgebung an den internationalen Gewerkschaftsbund, in der betont wird, daß die ungarische Reaktion das wehrlose österreichische Land bedrohe. Immer stärkere ungarische Truppenkontingente würden an der Grenze Oesterreichs zusammengezogen. Die österreichische Arbeiterschaft appelliere sehr dringend an die Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Italiens, dem österreichischen Volke in der äußerst schwierigen Lage beizustehen.

Generalstreik in Zittau.

Am Freitag fand in Zittau eine Kundgebung der Arbeiterschaft statt, die ihre Solidarität gegenüber Sowjet-Rußlangs aussprach. Dann wurde Bericht erstattet über eine Aktion zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Der Lebensmittelhändler Schiwny habe auf Vorhaltung der teuren Wurstpreise gesagt, wenn die Arbeiter sie nicht bezahlen könnten, dann sollten sie Sägespäne fressen. Darüber wurde die Menge ungeheuer erregt; einige Tausende zogen vor das Geschäft des Genannten, dieser wurde auf die Straße geholt und durchgeprügelt. Sodann wurde ein großer Teil der im Laden vorhandenen Lebensmittel unter Kontrolle einiger Leute aus der Menge zu herabgesetzten Preisen verkauft. Bald darauf rückte die Polizei heran, sie wurde aber schnell von der Menge zurückgedrängt. Eine halbe Stunde später zog die Sicherheitswehr mit Maschinengewehren und Handwaffen auf, ging aber auf eindringliche Auseinandersetzung einiger unserer Parteigenossen in die Kaserne zurück. Die Menge zerstreute sich, nur etliche Neugierige standen noch beisammen. Da rückte gegen 9¼ Uhr die Sicherheitswehr nochmals an und gab Feuer. Ein Mann wurde durch einen Genickschuß und ein junges Mädchen durch einen Augenschuß schwer verletzt. Die Arbeiterschaft von Zittau und Umgegend verließ am Sonnabend vormittag die Betriebe. In zwei großen Versammlungen, an denen insgesamt 6000—7000 Personen teilnahmen, wurde der Generalstreik beschlossen, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Sicherheitswehr zu entfernen unter Zurücklassung der Waffen, die unter Kontrolle der Arbeiterschaft zu nehmen sind. Sämtliche Geschäfte in Zittau wurden geschlossen. Polizei und Sicherheitswehr hält sich von der Straße zurück, die Ruhe und Ordnung wird durch Ordner aufrechterhalten, die von der Arbeiterschaft eingesetzt sind. Ein Regierungskommissar verhandelt.

Streik in Vorpommern.

Seit dem 3. August ist ganz Vorpommern mit seinen zahlreichen Ostseebädern ohne elektrisches Licht und Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Ueberlandzentrale in Stralsund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik getreten sind. Der Streik hat auch auf die Betriebswerke in Swinemünde übergegriffen, so daß sämtliche Badeorte der Umgegend in Mitleidenschaft gezogen sind, desgleichen auch auf das Wasserwerk. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Alle bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

An unsere Leser!

Die Dienstag-Nummer konnte wegen verlagstechnischer Schwierigkeiten, die jetzt behoben sind, nicht erscheinen.

Die Wandlung der Welt.

H. E. K. Die Waffenstillstandsbedingungen der Sowjet-Regierung können nicht anders als schwer sein. Rußland, das immer wieder von der Weltreaktion hintergangen wurde, kann und wird keinen Gewaltfrieden schließen, aber es muß verhindern, daß Polen, unterstützt von der Entente, den Waffenstillstand zu neuen Rüstungen benutzt, um dann den Krieg wieder aufzunehmen. Besonders die Entente müßte für diesen Standpunkt Verständnis haben, hat sie doch den Zentralmächten gegenüber gezeigt, wie man ein Wiedererstarken während der Waffenruhe unmöglich macht. Sowjet-Rußland hat den Beweis für seine Friedensbereitschaft erbracht, es ist jetzt an Polen, ihm zu folgen.

Wir kennen die Lage, in der sich Polen jetzt befindet, aus eigener Erfahrung. Es ist genau dieselbe Situation wie die Deutschlands im Oktober 1918. Eine Koalitionsregierung unter dem Präsidium des Volksparteilers Witos hat sich gebildet und auch die Scheidemänner darin fehlen nicht, Daszinsky — gehört ihr an. Ganz wie die unsrigen sind auch die Sozialverräter an der Weichsel nicht geeinigt, Vertrauen für eine Politik der Ehrlichkeit zu gewinnen. Noch vor wenigen Wochen erklärte die Polnische Sozialistenpartei auf ihrem Jahreskongreß, daß die Bolschewiki, von imperialistischen Tendenzen erfüllt, die Freiheit der Ukraine bedrohen, obgleich die polnische Regierung ihr Bündnis mit dem Renegaten Petljura unter Bedingungen geschlossen hatte, durch die die Ukraine in Stücke gerissen und den polnischen Schlachzizen zur Ausbeutung überliefert wurde. Nun haben sie sogar einen Aufruf zur nationalen Verteidigung erlassen, anstatt die Herrschaften, die die Schuld an diesem Kriegsabenteuer tragen, zum Teufel zu jagen. Aber sie sind viel zu mitschuldig an dem Zusammenbruch, um endgültig mit der Vergangenheit brechen zu können.

Ganz wie damals bei uns, kämpfen auch in Polen zwei Richtungen, die eine, die unbedingt den Frieden wünscht, und die andere, die durch eine Massenerhebung neue Erfolge zu erringen hofft. Die Verständigen sehen ein, daß der eben erst erstandene Staat sich endlich seinen schwierigen Aufgaben im Innern widmen muß und sie vertrauen mit Recht auf die Sowjetregierung, deren Taten ihre friedliche Gesinnung beweisen. Aber wie überall, sind die Einsichtigen in der Minderheit, umsomehr, als die Bourgeoisie sie mit allen Kräften unterdrückt, weil sie weiß, daß ihr Ausbeutungsregiment erledigt ist, sobald unsere Genossen ans Ruder kommen. Die Kriegsschreier vertrauen immer noch auf die phantastischen Meinungen, besonders Frankreichs, das von Polen Sicherung gegen Deutschland und Breinschlagen Rußlands zur Rückgabe der geborgten Milliarden erwartet. Die Franzosen haben Wrangel von neuem gegen die Bolschewiki gehetzt, und sie versuchen mit allen Mitteln, Polen zu weiterem Widerstand aufzustacheln. Wann diese Versuche Erfolg haben, und Polen tatsächlich die Waffenstillstandsbedingungen ausschlägt, steht Europa vor seinem Entscheidungskampf und er wird vielleicht auf deutschem Boden ausgefochten werden.

Es scheint freilich, daß die Polen nach den trüben Erfahrungen, die sie gemacht haben, zu Verhandlungen bereit sind. Die Sowjet-Regierung hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Friedenskonferenz in London angenommen. Aber wenn sie zu wirklichen Resultaten führen soll, wird die Entente dem Wiedererstarken Rußlands Rechnung tragen müssen. Die Vertreter Rußlands werden nach London gehen, nicht um Diktate zu empfangen, sondern als Vertreter einer Großmacht, die die Sympathie der Arbeiterschaft aller Länder besitzt. Wir haben von dem Außenminister Worte gehört, die diese veränderte Lage anerkennen, und Lord Curzon sprach in seiner letzten Note an Tschitscherin höflich von der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen mit den Westmächten. Die Entente fühlt, daß die Welt seit Versailles verändert ist, und daß die proletarische Großmacht im Osten ihrer Gestaltung den Stempel ihres Wesens aufzudrücken im Begriff steht. Als letztes Mittel zur Erhaltung des vom hohen Rat geschaffenen Eintagsbaues, ruft sie nun wieder nach der amerikanischen Hilfe. Sowohl in einer Rede Lloyd Georges im Unterhaus kam das zum Ausdruck als auch in einem Leitartikel des französischen Regierungsorgans des „Temps“.

Frankreich insonderheit wird mit der clemencistischen Methode brechen müssen, wenn es Erfolg verheißende Verhandlungen mitmachen will. Noch stellt Millerand Bedingungen, als stünde Rußland nicht vor den Toren Warschaus, sondern hinter den Beschlüssen von Brest-Litowsk. Noch glauben die französischen Kapitalisten, die Weltgeschichte aufhalten zu können, wenn es um ihre Milliarden geht. Das internationale Proletariat schreitet mit Zuversicht in die neue Zeit, an deren Wandlung die heldenhaften russischen Revolutionäre so hervorragenden Anteil haben.

Republik Deutschland

Ein Attentat auf die Arbeiterschaft.

Das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung gelangt im Reichstag zur zweiten und dritten Lesung. Mit einer Eile ohnegleichen soll das Gesetz durchgepeitscht werden. Bevor die Arbeiterschaft auf dem Plane erscheinen kann, will die Regierung dem Volke neue Fesseln auferlegen. Sonnabend erste Lesung, Sonntag Ausschußberatung, Montag zweite und dritte Lesung. Schneller geht es nicht mehr! In der Ausschußberatung zeigte sich die ganze Volksfeindlichkeit der Vorlage. Eine neue Diktatur soll aufgerichtet werden. Minister Koch gab zu, daß „ein Stückchen Ausnahmezustand" geschaffen werden solle. Der Reichskommissar für die Entwaffnung ist weder an die Bestimmungen der Strafgesetzordnung bei Durchsuchungen und Beschlagnahmungen gebunden, noch hat er das Brief-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis zu achten. Auch das Recht der Kontrolle des gesamten Verkehrswesens ist diesem Kommissar gegeben. Er steht über dem Gesetz und kann machen, was er will. Die wichtigsten Rechtsgarantien des Volkes sind einfach aufgehoben.

Vergeblich bemühten sich die Genossen Dr. Rosenfeld, Unterleitner und Remmele, dem Gesetzentwurf wenigstens die schlimmsten Giftzähne auszubrechen. Nur die Rechtssozialisten traten für unsere Anträge ein. Allerdings, die in der Strafprozeßordnung für Durchsuchungen und Beschlagnahme vorgesehenen Bestimmungen wollten auch sie aufgehoben wissen. Es gelang nicht einmal, einen parlamentarischen Beirat dem Reichskommissar beizugeben.

So stehen wir vor einer neuen Diktatur. Die bürgerlichen Parteien scheinen entschlossen zu sein, die Arbeiterschaft zu knebeln. Es wird in der heutigen Sitzung des Reichstags Aufgabe unserer Fraktion sein, dieses Attentat auf die Arbeiterschaft noch in letzter Stunde abzuschlagen!

Die weiße Reservearmee.

Die zur Entlassung kommenden Reichswehrangehörigen werden in der Weise zusammengehalten, daß man sie als Arbeiter auf Gütern in der Mark und in Pommern unterbringt, wo sie dann zum Scheine landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten haben, in der Hauptsache aber den Kern einer konterrevolutionären Armee bilden. Die auf den einzelnen Gütern zerstreut liegenden kleinen Gruppen sind militärisch organisiert, bewaffnet und haben auch eine genaue zentralisierte militärische Verwaltung.

Ein Teil von Reichswehrangehörigen ist aber nicht gewillt, als Sturmtrupp für die Reaktion zu dienen und lehnt darum die Fortsetzung ihrer militärischen Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus der Reichswehr ab. So kam es auch am vergangenen Sonntag auf dem Schloß Kreuzenburg bei Templin zu einem Zusammenstoß zwischen den dort beschäftigten ehemaligen Reichswehrangehörigen und dem Major Falkenhayn. Letzterer hatte im Auftrage des Gutsbesitzers die Verhandlungen über einige Beschwerden mit den Leuten zu führen. Als es dem Major nicht gelang, die Leute von ihrem Vorhaben abzubringen, nur landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, benachrichtigte er die auf den umliegenden Dörfern zerstreut liegenden Baltikumer, die dann abends in einer Stärke von 450 Mann mit Minenwerfern und Maschinengewehren unter Führung von zwei Offizieren anrückten, die Leute entwaffneten, gefangen nahmen und schwer mißhandelten.

Da man eine rechtliche Handhabe zu einem Vorgehen gegen die 28 Mann nicht hatte, mußte man sie wieder freilassen. Jetzt liegen diese in Templin in der Herberge zur Heimat, völlig mittellos, und sind auf die dürftige Hilfe des Wirtschaftsverbandes des Kreises Templin angewiesen. Was sagt das Reichswehrministerium zu dieser Tatsache? Wieso kommen die Baltikumer im Kreise Templin in den Besitz von Minenwerfern und Maschinengewehren? Sind diese etwa auch beim „Rückzug" in die Hände der Bevölkerung gelangt, wie in Spaa berichtet wurde, oder sind sie unter Zuhilfenahme des militärischen Dienstweges den Gutsbesitzern geliefert worden? Bei der Entwaffnungsdebatte wird Herr Geßler darüber Auskunft geben müssen.

Ein gemaßregelter Hauptlehrer im badischen Freistaat.

Bekanntlich hat das republikanische badische Unterrichtsministerium, an dessen Spitze ein Demokrat steht, den Hauptlehrer Kunz, der im Dorfe [illegible] bei Freiburg i. B. amtete, mit Strafversetzung unter Widerruf der etatmäßigen Anstellung gebüßt. Kunz war nach Beginn des Kapp-Putsches auf Einladung des regierungssozialistischen Abgeordneten Dr. Königsberger, eines Professors in Freiburg, dorthin geeilt, um als ausgezeichneter Volksredner in der kappistisch-reaktionären Breisgau-Hauptstadt auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Die Reaktionäre gingen deshalb [illegible] gegen den Dorfschullehrer vor, der beschuldigt wurde, seine Schuljugend im Stich gelassen zu haben, um in aufreizenden Reden gegen die herrschende Gesellschaft und an der Behördenautorität sich zu versündigen. Im badischen Landtag gerieten die bürgerlichen Parteien unter Zentrumsführung deshalb heftig aneinander. Das letzte Wort hatte das soeben im Absterben begriffene Staatsministerium Geiß zu sprechen. Es wies den Rekurs des Lehrers Kunz zurück. Und woher der Haß gegen den sehr gebildeten, tüchtigen Volksschullehrer? Herr Kunz ist Kommunist und hatte, von dem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machend, die Erteilung des Religionsunterrichtes verweigert. — In den nächsten Wochen wird Baden einen Staatspräsidenten aus dem Zentrumslager, wahrscheinlich den Justizminister Trunk erhalten.

Die Delegation der U. S. P. in Moskau.

Zulassung mit beratender Stimme zum Kongreß der III. Internationale.

Dem unabhängig-sozialdemokratischen Zeitungsdienst hat Genosse Crispien folgende, vom 23. Juli datierte Nachricht aus Moskau zugehen lassen:

„Deutsche Delegation der U. S. P. D. am 18. Juli 20 in Petersburg eingetroffen. Am 19. Juli feierliche Eröffnung des II. Kongresses der III. Internationale in Petersburg im Taurischen Palais. Zug der Delegierten mit Musik und Fahnen, begleitet von Arbeiter- und Kinderdemonstrationen. Lenin sprach über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der III. Internationale. Lenin sprach russisch, mit Rücksicht auf die vielen russischen Arbeiter und Frauen, die der Eröffnungssitzung beiwohnten. Die Uebersetzung der Rede ist in Aussicht gestellt, aber noch nicht vorgelegt.

Am 20. Juli fuhr der gesamte Kongreß mit Extrazügen nach Moskau. Am 23. Juli wurde die zweite Sitzung des Kongresses im alten Zarenschloß im Kreml abgehalten. Sinowjew referierte in deutscher Sprache über die Notwendigkeit und die Aufgaben der politischen (kommunistischen) Partei. Die politische Partei sei notwendig vor der Eroberung der politischen Macht und notwendig, ja von noch größerer Bedeutung, während der Diktatur des Proletariats. Die moderne Dreigliederung der Arbeiterbewegung sei Partei, Gewerkschaften, Räte. Aber Gewerkschaften und Räte beherrscht und geführt von der Partei. Die Rede war eine Absage an den Syndikalismus und an die K. A. P. D.

Am 21. Juli nahm die Delegation der U. S. P. D. an einer Sitzung des Exekutivkomitees der III. Internationale teil. Crispien gab eine gedrängte Darstellung von der Entwicklung und dem Wesen der U. S. P. und dem Auftrag ihrer Delegation. Sie sei gekommen als Einleitung zu den Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses der U. S. P. D. mit der III. Internationale. Von Mitgliedern des Exekutivkomitees wurden verschiedene Fragen an die Delgation der U. S. P. D. gerichtet, die in einer weiteren Sitzung beantwortet werden sollen. Das Exekutivkomitee beschloß, die Delegation der U. S. P. D., wie die Genossen der französischen sozialistischen Partei, einzuladen, am Kongreß mit beratender Stimme teilzunehmen. Sobald die Arbeiten des Kongresses es gestatten, werden die Verhandlungen des Exekutivkomitees mit der Delegation der U. S. P. D. fortgesetzt."

Aus der Partei.

Ruhrflüchtlinge als Sipospitzel.

Vom Bremer Parteibüro wird gemeldet:

Am 19. Juli erschienen auf dem U. S. Parteibüro zwei „Ruhrflüchtlinge", ein U. S. und ein Kommunist. Der U. S. hatte das Mitgliedsbuch auf den Namen Peter Ehrhard lautend, tadellos in Schuß und Empfehlungen, insbesondere vom Hamburger Parteisekretariat. Das in der Zeitung gelesene Sprüchlein von der Hamburger „Roten Armee" konnte er auswendig mit allen Einzelheiten und noch mehr hinzudichten. Auch im Sekretariat der K. P. D. erschienen die beiden, um Unterstützung bettelnd. Bei ihrem Weggang wurden sie unauffällig von einem Genossen verfolgt. Ihr Weg ging schnurgerade zum Wall 146, zum Spitzelbüro der Bremer Sicherheitspolizei! — Aus Delmenhorst wurde zwei Tage später gemeldet, daß dieselben Bürschchen auch dort bei dem Vorsitzenden der U. S. P. um Unterstützung gepocht haben. Vor diesen „Ruhrflüchtlingen" seien die Parteigenossen gewarnt!

Die Unabhängigen für die geistliche Schulaufsicht.

Ein entlarvter Volkswachtschwindel.

Die „Volkswacht" brachte eine der bekannten demagogischen Entstellungen, mit denen die S. P. D. die Arbeiter von der U. S. P. D. bewahren will. Im „Kampf", München, antwortet der „angegriffene" Genosse K. Gareis darauf folgendes:

Paragraph 3 der Verordnung, die von der Regierung vorgelegt wurde, sieht vor, daß den Kreisregierungen außer den juristischen Verwaltungsbeamten die erforderliche Anzahl von fachmännisch vorgebildeten Beamten beigegeben wird. Der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie beantragte nun hier, den Zusatz einzuschieben, daß Kreisschulräte nur solche Personen sein können, die aus dem Volksschullehrerstand hervorgegangen sind. Ich habe mich gegen diesen Zusatz ausgesprochen und dabei erklärt, daß wir es für selbstverständlich halten, daß diese Stellen in der Regel mit Volksschullehrern besetzt werden, daß wir aber nicht durch diesen Zusatz einem tüchtigen Fachmann, der aus einer anderen Erzieherlaufbahn herkommt, zum Beispiel einem Techniker, der aus dem Berufsfortbildungsschulwesen stammt oder auch einem anderen begabten Fachmann, der garnicht die vom Amtsschimmel vorgeschriebene Laufbahn durchgemacht hat, den Weg versperren wollen. Wir sind Anhänger der konsequenten sozialistischen Einheitsschule und eines einheitlichen Lehrerstandes mit Hochschulbildung und wollen nicht dazu mithelfen, solche Schranken, die die Aufrichtung eines solchen einheitlichen Lehrerstandes erschweren, neu aufzurichten, außerdem erfordere dieser wichtige Posten eines Kreisschulrats einen erzieherisch begabten, bedeutenden Menschen und die Geschichte der Pädagogik zeige, daß solche Leute nicht immer zuerst ihren Hosenboden in der vorgeschriebenen Amtslaufbahn durchgesessen zu haben brauchen. Daß die Mehrheitssozialdemokraten durch Beantragung ihres Zusatzes verhindern wollten, daß nun ein fachmännisch vorgebildeter Geistlicher Kreisschulrat werden kann, habe ich auch begriffen, ohne daß mich ein Vertreter der M. S. P. darauf aufmerksam zu machen brauchte. Es scheint mir aber dieser Zusatz dazu ein ganz ungeeignetes Mittel; denn wenn schon die Bayerische Volkspartei den Lehrern einen geistlichen Kreisschulrat aufzwingen will, so kann sie auch einen finden, der die Bedingung erfüllt „aus dem Volksschullehrerstand hervorgegangen". Es wird auch der „Münchener Post" bekannt sein, daß es katholische Orden gibt, die an Volksschulen unterrichten. Wollte man diese Gefahr des geistlichen Kreisschulrates wirklich verhindern, so hätte man einen anderen Zusatzantrag stellen müssen, entweder den Lehrerräten des Kreises ein Vorschlagsrecht für diese Stelle einzuräumen oder den Kreisschulrat vom Vertrauen des Kreisrates abhängig zu machen. So hat die M. S. P. in der ihr typischen Weise Opportunitätspolitik getrieben, um eines gesetzgeberischen Scheinerfolges willen die Prinzipien zu verraten. Wozu solche „praktische Arbeit" führt, das zeigte sich gleich im weiteren Verlauf der Debatte. Abg. Wohlmuth erwiderte dem Vertreter der M. S. P., daß ihr Antrag doch gegen den Paragraph 12 der bayerischen Verfassung verstoße, daß alle Staatsbürger zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen sind, wenn sie ihre Befähigung hierfür nachweisen könnten. Abg. Ackermann entgegnete, dies könne nun doch nicht so aufgefaßt werden, daß jeder, wenn er befähigt sei, alles werden könne, z. B. ein Kaminkehrer Oberlandesgerichtsrat, man erwartete nur, daß er hinzufügte, ein Sattler Reichspräsident. Wenn man den Grundsatz, so führte Abgeordneter Ackermann wörtlich aus, aufgebe, daß für ein Amt eine bestimmte Berufsbildung Vorbedingung sei, so löse sich alles auf. Darauf erwiderte dem Abg. Ackermann voll Hohn ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei, das seien aber für einen Vertreter seiner Partei sehr merkwürdige Anschauungen und sie stünden in schroffstem Gegensatz zu den Erklärungen, die der frühere Ministerpräsident Hoffmann in den Ausschüssen immer wieder vertreten, daß nun die Zeit vorbei sein müsse, wo man nur auf dem Amtsschimmel schön langsam emporreiten könne, und daß jetzt das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" in die Tat umgesetzt werden müsse. Wir finden, dieser Vertreter der Bayerischen Volkspartei hat mit seinem Hohn recht gehabt, das erreicht man eben „durch solch praktische Politik", daß man als Sozialist vom Gegner nicht mehr ernst genommen wird. Wenn der Jurist Ackermann und der Volksschullehrer Schlichtinger Sozialisten sein wollen, so müssen sie auch in erster Linie als Sozialisten und nicht als Juristen und Volksschullehrer an die politischen Fragen herangehen. Der eigentliche Grund des Antrages Schlichtinger ist ja auch nicht gewesen, die Schule gegen den Klerus zu verteidigen, dazu war er, wie oben erwähnt, ungeeignet, sondern dem Volksschullehrerstand eine Anzahl gut bezahlter Stellen ausschließlich zu sichern. Wir vertreten jede berechtigte Forderung des sozialpolitisch so ungeheuer wichtigen Volksschullehrerstandes und ganz besonders werden wir seine Gewissens- und Denkfreiheit verteidigen, der Verfasser glaubt dies auch bereits durch die Tat bewiesen zu haben, aber wir müssen es ablehnen, der Sonderwünsche einer Berufsgruppe zuliebe — und sei sie auch politisch noch so einflußreich — unsere sozialistischen Grundsätze aufzugeben.

Wenn ich demagogisch Sprüche machen würde, wie die M. S. P. behauptet, würde ich diese Ausführungen überschrieben haben: „Die Mehrheitssozialdemokraten für den alten Amtsschimmel", aber ich liebe effektvolle Titel nicht, wenn sich dahinter Unwahrheiten verbergen.

Aus Horthy-Ungarn.

1. Todesursache.

40 Jahre lang war Hartmann Vizenotar in Ysehértó. Anklage: Es kann so nicht mehr lange dauern, dann wird eine bessere Welt kommen, hatte er einem Bauern gesagt. Darum haben ihn Soldaten nach Mzäeghära geschleppt, dort wurde er 3 Tage lang gemartert und ermordet. Zuerst hat man ihm die Zunge ausgeschnitten. Die Angehörigen sind umsonst wegen Hilfe herumgelaufen, niemand traute sich einzumischen.

2. Offensive.

Am 30. nachts um 3 Uhr sind etwa 800 ung. Soldaten, meist in Zivil gekleidet, in Fürstenfeld (Oesterreich) eingedrungen, haben das Zeughaus ausgeraubt und 2000 Gewehre, 21 Maschinengewehre und 2000 Militär-Kleidung in 3 Lastautos mitgeschleppt.

3. Offiziere und Studenten.

Am 27. abends 10 Uhr sind in Budapest in ein Boulevardkaffeehaus 12 bis 13, teils in Zivil, teils militärisch gekleidete junge Leute eingedrungen und haben ein Pogrom veranstaltet. Ein Bankdirektor und ein Rechtsanwalt (röm.-kath.) wurden getötet, mehrere durch Messer und Bleistock schwer verletzt. Die Täter sind Offiziere und Wachende Ungarn, d. h. Studenten.

4. Milder.

Ein Provinzarzt hat sich mit einem Schustermesser ins Herz gestochen und so getötet. Das ist in Budapest in einer Kaserne geschehen. Er wollte dem Märtyrertot entgehen.

Rätenachrichten.

Richtlinien

für die Zusammenfassung der Betriebsräte und den Aufbau einer Betriebsräte-Organisation.

(Vereinbarungen der Gewerkschaftskommission mit den Betriebsrätezentralen.)

Die Zusammenfassung aller Betriebsräte und Obleute (Arbeiter- und Angestelltenräte) erfolgt auf der Grundlage der Industriegruppen, wobei nicht der Beruf, sondern der Betrieb für die Zugehörigkeit zur Gruppe ausschlaggebend ist.

Unbeschadet dessen, haben die Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, zur Erledigung von Berufs- und Bildungsfragen ihre Betriebsräte zusammenzuberufen. Die Zusammenfassung aller Betriebsräte erfolgt durch die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften gemeinsam mit den Betriebsrätezentralen (Münzstraße 24 und In den Zelten) nach folgenden

Industriegruppen:

1. Bank- und Handelsgewerbe, 2. Baugewerbe, Steinindustrie, 3. Bekleidungs- und Textilindustrie, 4. Chemische Industrie, 5. Freie Berufe, 6. Graphisches Gewerbe und Papierindustrie, 7. Holzindustrie, 8. Landwirtschaft und Gärtnerei, 9. Lebens- und Genußmittelindustrie, 10. Lederindustrie, 11. Metallindustrie, 12. Staatliche und kommunale Behörden und Institute, 13. Verkehr, 14. Bergbau, Salinen, Hütten, Torfgräbereien, 15. Sozialversicherung.

Zu diesem Zwecke wird ein provisorisches Sekretariat geschaffen. Die Hauptproduktion des Betriebes entscheidet über die Zugehörigkeit zu einer Industriegruppe bzw. Verkehrsgruppe. Hat ein Betrieb mehrere Produktionsarten, so ist, wie schon erwähnt, der ausschlaggebende Produktionszweig des Betriebes für die Zuteilung zur Gruppe maßgebend. Entstehen über die Zuteilung zu einer Industriegruppe Zweifel, so soll nach der in der Anlage gegebenen Einteilung verfahren werden.

Organe der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin.

Die in den Industriegruppen zusammengefaßten Betriebsräte wählen die Delegierten zur Generalversammlung. Die Delegierten müssen mindestens 1 Jahr gewerkschaftliche Schulung haben. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung der Vollversammlung der Industriegruppe zulässig.

Die Anzahl der auf die einzelnen Industriegruppen entfallenden Delegierten ergibt sich aus der Anzahl der in der Hauptgruppe beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Arbeiterinnen. Auf je . . . . . Beschäftigte entfällt ein Delegierter.

An der Generalversammlung nehmen teil: a) die Delegierten, b) die Betriebsrätezentrale.

Die Betriebsrätezentrale.

Zur Ausführung ihrer Beschlüsse und zur Leitung der Organisation der Berliner Betriebsräte bestätigt die Generalversammlung die Zentrale nach den Vorschlägen der Industriegruppen. Die Industriegruppen schlagen die Mitglieder der Zentrale nach folgendem Schlüssel vor:

Bank- und Handelsgewerbe 2 Mitglieder der Zentrale, Baugewerbe, Steinindustrie 2, Bekleidungs- und Textilindustrie 3, Chemische Industrie 2, Freie Berufe 1, Graphisches Gewerbe und Papierindustrie 3, Holzindustrie 3, Landwirtschaft und Gärtnerei 1, Lebens- und Genußmittelindustrie 3, Lederindustrie 2, Metallindustrie 5, Staatliche und kommunale Behörden und Institute 3, Verkehr 4, Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräbereien 1, Sozialversicherung 1. Insgesamt 36 Mitglieder der Zentrale.

Die Anzahl der Delegierten zur Generalversammlung wird erst nach der Festsetzung der Grundzahl der Beschäftigten, die auf jeden Delegierten entfällt, bestimmt.

Die Zentrale wählt aus ihrer Mitte einen geschäftsausführenden Ausschuß aus 13 Personen einschließlich der Sekretäre.

Zur Betriebsrätezentrale gehören ferner: a) ? Sekretäre (Zahl noch unbestimmt), b) 5 Mitglieder der Ortsausschüsse der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften.

Sekretäre.

Zum Zwecke der Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung und Erledigung der Arbeiten wählt die Generalversammlung der Betriebsräte . . . . besoldete Sekretäre.

Hauptgruppen.

Die Betriebsräte, Obleute, Arbeiter- und Angestelltenräte einer Industrie- bzw. Verkehrsgruppe, bilden die Vollversammlung der Hauptgruppen. Die Vollversammlung einer jeden Hauptgruppe wählt aus ihrer Mitte den geschäftsführenden Ausschuß der Hauptgruppe. Sie entscheidet über die Stärke des Ausschusses. Ist zur Erledigung der Geschäfte und Ausführung der Beschlüsse des Hauptausschusses eine besoldete Kraft notwendig, so entscheidet darüber der Hauptausschuß in Gemeinschaft mit den in der Industriegruppe vertretenen Gewerkschaften. In dem zu wählenden geschäftsführenden Ausschuß muß der von der führenden Organisation der Industriegruppe zur Verfügung gestellte Angestellte mit Sitz und Stimme vertreten sein.

Untergruppen.

Für diejenigen Hauptindustrie- bzw. Verkehrsgruppen, die infolge ihrer Stärke die Betriebsräte nicht in einer Vollversammlung fassen können, werden Untergruppen mit Untergruppenausschüssen gebildet.

Wahl der Organe.

Die Wahl der Organe der Räteorganisation wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorgenommen. Die Gewählten können jederzeit abberufen werden.

Aufgaben.

Die Aufstellung von wirtschaftlichen Richtlinien und Vorbereitung von wirtschaftspolitischen Aktionen, die sich aus dem Aufgabenkreis der Betriebsräte ergeben und nicht die Finanzierung der Gewerkschaften erfordern, ist Aufgabe der Zentrale der Betriebsräte. Endgültige Entscheidung trifft die Generalversammlung der Betriebsräte.

Finanzwesen.

Die Kosten werden von den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa gemeinsam getragen und durch Umlage von den beteiligten Gewerkschaften eingezogen. Die Festsetzung der Höhe der Kosten erfolgt durch die Gewerkschaften auf Grund eines Etats, welcher von den örtlichen Betriebsrätezentralen aufzustellen ist. Die durch den Etat ausgeworfenen Gelder sind in Vierteljahresraten dem Kassierer der Zentrale im voraus zu überweisen.

Alle Zahlungen werden von den örtlichen Betriebsrätezentralen geleistet.

Die Generalversammlung der Betriebsräte und die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Ortskartelle der Afa wählen zu gleichen Teilen eine Revisionskommission, welche vierteljährlich beiden Körperschaften über die Kassenführung Bericht erstattet.

Stadt und Provinz.

Blütenlese aus der Kapitalistenpresse.

„Breslauer Zeitung", 28. Juli, abends:

„. . . . Es ist bekannt, daß die Revolutionäre in Breslau, die eine Zerstörung der gesamten Volkswirtschaft in Deutschland anstreben, in der Weise, daß alles, was zu den Kategorien Bildung und Besitz gehört, beraubt, getötet, zu der schwersten Handarbeit verurteilt wird, während das Proletariat alle Reste des Wohlstandes in zügellosen Orgien zugrunde richtet, ihre Hoffnung auf den russischen Bolschewismus setzen. Dieser russische Bolschewismus ist nun auf seinem Einmarsch in Preußen begriffen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die revolutionären Elemente in Deutschland in einem festen Einverständnis mit den Führern des Bolschewismus in Rußland stehen, daß sie das Einrücken von raubenden, sengenden und plündernden roten Truppenmassen als Erlösung begrüßen und davon alles erhoffen. . . ."

„. . . . Es muß erwartet werden, daß unsere Regierung, wenn sie überhaupt eine ist, sofort die umfassendsten Maßnahmen trifft, um der entsetzlich drohenden Gefahr entgegenzutreten. Wir wir glauben, kann sie sich der Unterstützung aller, die nicht völliger Verständnislosigkeit anheimgefallen sind, gewißhalten. Es wird jetzt an der Zeit sein, daß auch die Elemente der Deutschen Demokratischen Partei, die bisher in hypnotischer Verblendung nur an die Gefahr von rechts glaubten, auch in einer Zeit, als diese Gefahr längst vorüber war, nun endlich zeigen, daß sie verstehen, wo der schlimmste Feind des Wiederaufbaus unseres unglücklichen Vaterlandes zu suchen und zu finden ist."

„Volkswacht", 29. Juli.

„Während nun die deutsche Sozialdemokratie volles Verständnis dafür besitzt, daß die Sozialisten der Ententeländer unmöglich für den Sieg des kaiserlich-deutschen Militarismus arbeiten konnten, daß sie also genötigt waren, die Anstrengungen ihrer Völker im Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu unterstützen, ist ein Teil der Ententesozialisten leider noch recht weit von dem Verständnis davon entfernt, daß für die deutschen Sozialisten genau desselbe gilt wie für sie, daß auch die deutschen Sozialisten nicht gleichgültig mit den Händen in den Hosentaschen daneben stehen könnten, während ihr eigenes Volk seinen Verzweiflungskampf kämpfte. Und doch sollte man glauben, bei gerecht denkenden Menschen müßte die anfangs so schwer mißverstandene Haltung der deutschen Sozialdemokratie ihre nachträgliche Rechtfertigung durch die späteren Ereignisse erhalten haben. Solange die Ententesozialisten glaubten, Deutschland könne, wenn es die Waffen strecke, von der Entente einen gerechten Frieden erlangen, war es nur folgerichtig, daß sie das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten verurteilten und in ihm nichts weiter erblicken wollten als eine Unterstützung des deutschen Imperialismus. Aber, wenn etwas in der Welt restlos bewiesen ist, so ist es die Tatsache, daß Deutschland einen solchen gerechten Frieden von der Entente nicht zu erwarten hatte, daß es sich nach seiner Niederlage auf den furchtbarsten Frieden gefaßt machen mußte. Darum müßte jetzt eigentlich jeder wirklich international denkende Sozialist begreifen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich bei jeder ihrer Handlungen während des Krieges fragen mußte, ob sie nicht zur Niederlage Deutschlands etwas beitragen könnte, daß sie sorgfältig jede Handlungsweise vermied, die ihr den Vorwurf eintragen konnte, sie sei mitschuldig an dem Sieg des Ententeimperialismus und dem unerträglichen Zustand, in den Deutschland durch seine Niederlage geraten mußte."

„Schlesische Zeitung", 30. Juli, abends:

„Einen eigenartigen Witz leistet sich das Berliner Bolschewistenblatt „Die Freiheit". Sie veröffentlicht in ihrem gestrigen Abendblatt ein Feuilleton, betitelt: „Friedrich Hölderlin: „Ueber Deutschland und die Deutschen", worin ein Absatz aus dem „Hyperion" wiedergegeben wird, der von des Dichters tiefem Schmerz über die nationale Wankelmütigkeit der Deutschen zeugt. Die „Freiheit" behauptet mit grotesker Frechheit und Ahnungslosigkeit, Hölderlins erschütternde Anklage trage zwar äußerlich eine nationale Spitze; die innerliche Wucht der vernichtenden Wahrheiten aber dröhne „mit revolutionärer Gewalt gegen die Entseelung der gesamten profitell-kapitalistisch zerfaulenden Menschheit". Daß dieses vorwiegend von galizischen „Revolutionshelden" zusammengeschmierte Hochverräterblatt den urdeutschen Schwabendichter Hölderlin gleichsam als Zeugen für seine Verbrecherpolitik aufruft, ist wirklich eine tolle Ironie. Die Dummköpfe, die auf solche Zeitungen schwören, werden sich auch natürlich in diesem Falle überzeugen lassen."

„Schlesische Zeitung", 30. Juli, abends:

„. . . . bringt der „Matin" jetzt einen Leitartikel aus der Feder einer in weitesten Kreisen und sicher vor allem auch in Paris unbekannten „skandinavischen" Romanschriftstellerin namens Baren Bramson (das beigegebene Bild zeigt eine stark orientalisch anmutende Schönheit"), welche glatt behauptet, alle Nachrichten über die Schändungen deutscher Frauen und Mädchen seien Verleumdungen und der Tatbestand sei der, daß die Rheinländerinnen sich der tapferen Afrikaner in so widerlicher Weise an den Hals würfen, daß sich Frankreichs hochherzige Krieger vor soviel ungewollter Liebe garnicht zu retten wüßten. Woher die Baren Bramson diese Wissenschaft hat, wissen wir nicht, vielleicht hat ihr aber unsere famose Reichstagsabgeordnete Frau Zietz, die ja, ohne durchgeprügelt zu werden, im Reichstag die Verbrechen der schwarzen Kanaillen verteidigt hat, ihr das „Material" geliefert. Jedenfalls steht der Deutschenhaß dieser beiden „Damen" auf gleicher Höhe."

„Schlesische Tagespost" vom 30. Juli:

„. . . . Je mehr sozialistische Gesinnung im Volke verbreitet wird, um so sicherer geht Deutschland seiner Auflösung entgegen. Denn Sozialismus ist nicht Arbeit, sondern Alleinherrschaft des Proletariats. Daher werden Männer, wie Aulock, die diese Alleinherrschaft verhindern, bis aufs Messer bekämpft und mit glühendem Haß verfolgt. Das Bürgertum aber hat alle Ursache, solche Männer zu schützen und für sie einzutreten. v. Aulock ist entlassen worden, weil die Verdachtsmomente sich zum größten Teil als nicht stichhaltig erwiesen haben. Dem Protest der Sozialdemokraten müßte eine einmütige Vertrauens- und Dankeskundgebung des gesamten Breslauer Bürgertums für Aulock entgegengesetzt werden. Wer nimmt diese wichtige Sache sofort in die Hand?

Aufklärung.

Der Streik in der Bier-Zentrale Haynau ist durch Schlichtung noch nicht erledigt. Eine Volksversammlung am 29. Juli im „Goldenen Löwen" hat den Boykott über sämtliche Produkte der Firma verhängt.

Jeder klassenbewußte Arbeiter wird zur wirksamen Unterstützung dieser Waffe der Arbeiterschaft aufgefordert.

Gewerkschafts-Kartell Haynau.

Liebau. Achtung Genossen!!! Bestellungen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" bei dem Kassierer Kirchner oder dem Vorsitzenden Peter oder der Kolporteurin Hedel Schubert.

Bericht über die am 30. Juli 1920 im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundene Mitgliederversammlung des D. E. V.

Auf der Tagesordnung standen Punkt 1, Bericht über die erweiterte Hauptvorstandssitzung, Referent Kollege Großmann, Punkt 2, Vorschläge der Delegierten zum Verbandstage, Punkt 3, Verschiedenes.

Um 4½ Uhr eröffnete Kollege Förster die überaus stark besuchte Versammlung und erteilte zum 1. Punkt der Tagesordnung dem Kollegen Großmann das Wort. Derselbe führte etwa folgendes aus: In einer Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes und der politischen Hochspannung ist der Reichslohntarif unter Dach gebracht worden. Schwerer Kämpfe hat es bedurft, um diesem Kulturwerk in der Eisenbahnerbewegung Geltung zu verschaffen, zumal die Reichsregierung nach ihrer Rückkehr aus Spaa eine sehr schwankende Haltung in dieser Frage angenommen hatte. Eines aber und das ist das Schmerzenskind der Eisenbahner, das Gedingeverfahren konnte nicht beseitigt werden, und da ist es um so bedauerlicher zu hören, daß selbst der Deutsche Metallarbeiterverband die Ansicht vertritt, daß die gerechteste Entlohnung im Gedingeverfahren gewährleistet ist. Um aber im letzten Moment doch noch einmal zu versuchen das Akkordsystem zu Fall zu bringen und wie er in seinen dortigen Ausführungen trefflich sagte, daß doch in einem demokratischen Staatswesen der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist, und die Reichsregierung doch letzten Endes diesen Willen respektieren muß, stellte er folgenden Antrag:

„Die Ortsgruppe Breslau beauftragt den Hauptvorstand, daß in allen Eisenbahnbetrieben und Werkstätten eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, ob das Gedingeverfahren bei dem Gesamtabschluß des Reichslohntarifs beibehalten werden soll oder nicht. Die Bezirksleiter und Ortsbevollmächtigten werden angewiesen, diese Urabstimmung in den Ortsgruppen vorzunehmen. Die erweiterte Vorstandssitzung wolle darüber beschließen.

Großmann."

In der Aussprache waren alle Delegierten der Ansicht, daß der Antrag zwar gut gemeint sei, sie könnten aber die Verantwortung nicht auf sich nehmen. Bei der Besprechung über das Kohlenabkommen in Spaa rügte Kollege Brunner das Verhalten der Regierung, indem er betonte, daß dies nicht nur eine Bergarbeiterfrage, sondern auch eine Transportarbeiterfrage sei, und hofft, daß bei nächster Gelegenheit auf Vertreter der Eisenbahner gehört werden soll.

In Punkto Betriebsräte sollen bei dem Hauptvorstand, Bezirksleitung und den Ortsverwaltungen Betriebsräte vertreten sein. Dadurch ist die gemeinsame Arbeit der Betriebsräte mit der Organisation gewährleistet. Seine mit den Worten: „Die Zukunft den Deutschen Eisenbahnern" geschlossenen Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. In der Aussprache über diesen Bericht zeigte es sich wieder deutlich, daß die Breslauer Kollegen nach wie vor Gegner des Akkordsystems sind, und es wurde von allen Diskussionsrednern betont, daß wir alles aufbieten müssen, damit das Akkordsystem verschwindet. Kollege George betont, daß wir nicht nur gegen das Akkordsystem sind, sondern auch Gegner jeglicher Truppentransporte durch deutsches Gebiet. Seine diesbezüglich verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 30. Juli im Gewerkschaftshaus versammelten über 5000 Eisenbahner nehmen Kenntnis von den Vorgängen auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz und fordern die Ortsverwaltung Breslaus, sowie alle Eisenbahner im Reich auf, bei allen in Frage kommenden Instanzen dahin zu wirken, daß Truppen- und Munitionstransporte, welche geeignet sind die Neutralität Deutschlands und dadurch zugleich den Frieden Deutschlands zu gefährden, unter allen Umständen illusorisch gemacht werden. Es steht ohne weiteres fest, daß die Eisenbahnen ein dringend notwendiges Verkehrsmittel für den Wiederaufbau Deutschlands sind. In ihrem vollen Verantwortlichkeits- und Solidaritätsgefühl verlangen die Eisenbahner, daß die Eisenbahnen nur zu volkswirtschaftlichen Zwecken und nicht zu militärisch-strategischen Aufmarschzwecken dienen. Die Betriebsräte, sowie alle Eisenbahner im Reiche, haben die Pflicht, alle Sendungen strengster Kontrolle zu unterwerfen, und für sofortige Lahmlegung verdächtiger Transporte zu sorgen. Die Versammelten sind fest entschlossen, im Falle des Bruches der Neutralität durch Beförderung von Truppen, Waffen und Munition nach dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche das Gebot der Stunde erfordert. Die Versammelten geloben alle ihre Kraft und ihr Können für die kulturellen Forderungen des Sozialismus einzusetzen. Dem gegenüber aber sei ihre Losung: „Krieg dem Kriege." Kampf gegen die völkermordenden Machinationen des internationalen Kapitals."

Zu Punkt „Verschiedenes" schilderte ein Kollege des Fleischerverbandes die große Not unter seinen Kollegen und es wurde den Kollegen folgende Resolution verlesen, die sie einstimmig annahmen:

„Die heute im Gewerkschaftshause versammelten Eisenbahner nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten einiger Breslauer Fleischermeister, gegenüber den arbeitslosen Fleischergesellen, und gegen die Interessen der Allgemeinheit. Sie werden kein Mittel unversucht lassen, um dieser Sorte Unternehmer soziales Verständnis beizubringen. Kollege Förster machte es den Kollegen zur Pflicht, treu ihrem Gelöbnis zu handeln und ihre Frauen dahingehend zu instruieren."

Ebenso findet nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Freitag, den 30. Juli, nachmittags, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundene stark besuchte Mitgliederversammlung des D. E. V. nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Enthaftung des Arbeitermörders Aulock. Die hier Versammelten fordern die sofortige Wiederverhaftung und baldige Aburteilung und geloben, nicht eher zu ruhen, bis das schändliche Verbrechen an unsern Kollegen und deren Familien gesühnt ist."

Dem Wunsche des Kollegen **Fröhlich**, mit den Beamten ein gutes Einvernehmen herzustellen, kommt Kollege **Förster** insofern nach, daß er betont, an ihm soll es nicht liegen und er hätte schon diesbezügliche Schritte unternommen, aber die Beamten-Kollegen sollen auch ihrerseits erkennen, daß nur ein gemeinsames Arbeiten uns zu unserem Ziele führt und empfiehlt den Kollegen in diesem Sinne zu wirken.

Die Ortsverwaltung.

Anfrage an die städt. Straßenbahnverwaltung.

Wie ist es möglich, daß bei der heutigen großen Arbeitslosigkeit die Verwaltung der städt. Straßenbahn Leute zum Sonntagdienst heranzieht, die vollbeschäftigt bei der Eisenbahnverwaltung angestellt sind und wo die Frau noch hunderte von Mark als Zwischenmeisterin verdient?

Eingesandt.

Die Zustände in der Kaiser-Wilhelmheilstätte (Genesungsheim) bei Landeshut, in welcher Erholungsbedürftige von der Provinzial-Landes-Versicherung untergebracht sind, sind derart, daß es wert ist, dieselben der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Das Gebäude selbst ist erst fertiggestellt und soll eigentlich Kinderheilstätte sein. Am Sonnabend, den 26. Juni, war die Besichtigung resp. Einweihung der Anstalt, und waren hierzu ca. 100 Herren und 20 Damen erschienen. Während dieser Besichtigung mußten sämtliche Insassen, alles weibliche Personen, auch die bettlägerigen Kranken, sich nach dem obersten Stockwerk begeben und durften während dieser Zeit nicht einmal den Abort benutzen, sondern sich auch das hierzu nötige Geschirr mitnehmen. Sie wurden also alle buchstäblich wie eine Herde Vieh zusammengepfercht, nur damit dieselben den Herrschaften nicht im Wege waren. So ging die Besichtigung vor sich, damit die Herrschaften nicht sehen sollten, wie stark die einzelnen Zimmer belegt sind, und nur keine Klagen der Insassen zu Ohren bekamen. Um aber die Kommission würdig zu empfangen, mußten die Erholungsbedürftigen alles reinigen, putzen, Fußboden ölen, Guirlanden flechten usw.

Mit der Verpflegung ist es auch nicht sehr glänzend. Brot gibt es **täglich nur 4—5 ganz dünne Scheiben**, also nicht mal die zustehende Ration von 4 Pfd. die Woche. Als Brotaufstrich gibt es nur Marmelade oder Margarine. Wo bleibt denn da die gute Butter? Es wird doch immer gesagt, daß diese speziell für Krankenhäuser und Heilanstalten gebraucht wird und wir deshalb in den Städten leider so wenig erhalten. Die den Patienten verschriebene Milch, ¼ Liter täglich, erhalten sie auch öfter nicht, so vorige Woche 2 mal und am Sonntag, den 4. Juli, desgleichen nicht, es heißt eben, es wird zu wenig rangeliefert. Das Essen, z. B. Reis, Nudeln usw. wird mit Fett oder Butter überhaupt nicht zubereitet, sondern nur mit Maggi-Erzeugnissen usw. Wo diese Sachen alle hinkommen, kann man sich ganz gut erklären. Denn sobald sich die Insassen über die mangelnde Verpflegung beklagen, heißt es nur: „Ihr müßt doch nicht denken, daß die Schwestern usw. dasselbe essen wie Ihr." Den für Kranke so notwendigen Zucker kennt man dort überhaupt nicht.

Den Chefarzt kennen die Patienten persönlich überhaupt nicht, sondern nur vom Sehen.

Wenn die Insassen dieses Hauses auch nicht Schwerkranke sind, so haben dieselben aber doch größtenteils ernste Krankheiten durchgemacht und sollen dort genesen, was aber unter den geschilderten Verhältnissen nicht möglich ist, da die Luft allein es doch nicht machen kann. Was sollen denn alleinstehende Personen machen, denen niemand etwas zum Zusetzen gibt, diese kommen eher noch herunter, als daß sie zunehmen.

Da doch überhaupt, wenn nicht schon sehr ernste Fälle vorliegen, niemand von genannter Versicherung weggeschickt wird, so wäre es sehr notwendig, daß sich diese um ihre Versicherten kümmert, für das viele Geld, was dieselbe ständig schluckt.

Fritz Neugebauer, Adalbertstr. 23.

Der Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Breslau, begeht am Sonntag, 8. August cr., in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße, sein 9. **Stiftungsfest**, bestehend in Konzert, Theater, turnerischen und gesanglichen Darbietungen, Verlosung und darauffolgendem Tanz. Da sich die Arbeiter-Samariter restlos ohne Eigennutz in der Nächstenliebe betätigen, so ist ihnen zu ihrem Stiftungsfest ein volles Haus zu wünschen, zumal der eventl. Ueberschuß zur Anschaffung von Verbandszeug und dergl. Verwendung findet.

Beh-Lichtspiele. Der Direktion ist es gelungen, ein interessantes Programm für diese Woche zusammenzustellen, das dem Publikum die Möglichkeit bietet, in einem Riesenprogramm seine Filmlieblinge zu bezeichnen. Harry Liedtke, Bruno Kastner und Gunar Tolnaes stellen sich in den Dienst dieser Veranstaltungen und sorgen für spannende Stimmung. (Näheres die heutige Anzeige.)

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt i. V. Fritz Ulbrich.
Druck: Buchdruckerei Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters.
Heute 7½ Uhr:
„Hochen Humbrecht"
Sitten-Schauspiel in 5 Akt.

Lobe-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Die Raschhoffs.

Thalia-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der Herr Senator.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tl. R. 2545
Heute und täglich 7½ Uhr:
Ihre Hoheit die Tänzerin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Eine Ballnacht.

Viktoria-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Drei tolle Tage!

LIEBICH-Theater
Letzte Aufführung:
Zur wilden Hummel
Operettenposse in 3 Akten
mit Paul Westermeier
Betty Feiner
und Berliner Original-Besetzung.

Zeltgarten
Dir. Hans Krsinsik
im herrl. Garten.
Täglich 7½ Uhr:
Ab 1. 8. 20.
das neue Schlager-Programm!

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Anfang 6 Uhr
Neue Kapelle
Täglich Konzert
Damen-Streich-Orchester
Dir. P. Schultz.

ZEPTER-KINO
Deprofundis
Aus Papieren der Geheimpolizei
4 Doppelakte.
Ausserdem:
Eva May
Am Kindesbett
4 Akte.

Uhren kauft od. repariert Feix, Paradiesstr. 6

Jahrhunderthalle Breslau
Die große deutsche
VOLKS-PASSION
Spieltage:
Vom 7. bis 15. August
jeden Abend 7½ Uhr
außerdem:
am 7., 8., 11., 14., 15. Aug.
auch nachm. 2½ Uhr.
Vorverkauf:
bei Barasch, Hainauer, Schirmer, Süd-Ost, Hoppe, Wolff, Packetfahrt, Verkehrsamt Jahrhunderthalle.
Geschäftsstelle:
Jahrhunderthalle, Tel. R. 3355

Beh-Lichtspiele
Heinrichstr. 21/23.
Garten, Eing. Hoffkestr. 3.
Preis-Aufführung
100 u. Gratis-Verteilung einiger Bilder beliebter Filmkünstler
Die Lieblinge aller Frauen
Harry Liedtke
Bruno Kastner
Gunar Tolnaes
Komteß Doddy
Lustspiel in 4 Akten.
Eines Mannes Wort
Schauspiel in 4 Akten.
Er soll dein Herr sein
Lustspiel in 4 Akten.
Jeder Besucher erhält an der Kasse eine Karte zum Mitbewerb gratis!

Eden Theater
Lichtspiele in höchster Vollendung
Nikolaistrasse 27.
Nur bis heute:
Der beste Film von
Harry Piel
Das geheimnisvolle Telefon
in 5 großen Akten.
Keine Tricks, sondern echte Sensationen, von noch nie dagewesener Tollkühnheit! Atemraubende Spannung!
Schnurzel als Modell
Lustspiel in 2 Akten.

Luna Park
täglich geöffnet.

Zirkus Busch
Des grossen Erfolges wegen noch einige Tage
Täglich 8 Uhr abends:
Gib mich frei.
Das grösste Sittenstück der Jetztzeit. Jugendlichen ist das Theater streng verboten.
Vorverkauf im Verkehrsbüro Barasch und Zirkuskasse. Es empfiehlt sich, rechtzeitig Eintrittskarten im Vorverkauf zu lösen.

Kabarett Kakadu
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.
Achtung! Achtung!
Dass Aulock auf freien Fusse ist, weiss jeder, dass aber das glänzende Duett Lu und Gu täglich im Kabarett Kakadu Nikolaistrasse 65/68, zu sehen ist, weiss Niemand! Dazu das übrige glänzend. Programm.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Billig. Raucherwoche!
Um meine Fabrikate einzuführen, gebe ich in der Woche vom 2. bis 7. August in mein. Fabrikverkaufsstellen
Roßplatz 12, Herzogstraße 29, Hedwigstraße 31
bei Einkauf von 10 Zigarren
1 Zigarre als Probe gratis.
Verkaufspreise: 50, 60, 65, 70, 80, 90, 100–200 Pf.
F. W. Radler, Zigarrenfabrik.

Die volle Wahrheit ist,
daß der große Kundenkreis von reeller Bedienung spricht. Darum decken Sie Ihren Bedarf an Zigarren bei der Zigarrenfabrik von
Herm. Brete, Sinnern b. Spremberg N.-L. Telef. 52, Lager 4.
Nachnahme oder Voreinsendung.

Marke August Bebel	1000 Stück	1250	Mk.
„ Vorwärts	„ „	1200	„
„ Keule	„ „	1000	„
„ Frisch-Auf	„ „	950	„
„ Sport	„ „	750	„

Für Wiederverkäufer beachtenswert!

Meine Sprechstunden für
Haut-, Harn- u. Blasenkranke
halte ich jetzt werktäglich 7—9 und 3—5, Sonntags 9—11 Uhr, außerdem Mittwoch u. Sonnabend nachm. 5—7 Uhr.
Ich bin zur allgemeinen Ortskrankenkasse und allen Kassen mit freier Arztwahl zugelassen.
prakt. Arzt Swarowski,
Lohestr. 60. Tel. Ring 5828.

Frauen!
Sicheri, idealster Erfolg, nur Mk. 15, Versand nur ... „...heit" nur Mk. 10, ... nur Mk. 15, ... nur Mk. 5. Erfolg in 3—4 Tagen. ... „Merkur", ... Reg. gen. Nachn.

Wer erfindet?
Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung zum Erfinden in uns. Broschüre mit Gutschein über 20 M. umsonst.
Industrie u. Erfindungsgesellschaft Leipzig, ... 1—5.

Kranke
Harnröhren-, Haut- und Geschlechtskranke behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke, Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1981.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Gebr. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus für Herren u. Knaben
nur eigene Fabrikation.
Händlerpreisliste gratis
P. Hoffer, Nikolaistr. 16/17

Tivoli Lichtspiele
Neudorfstrasse 35.
Dir.: C. Scholz.
Nur heute das gr. Programm!
Gertrud Welcker u. Magnus Stifter
in dem mysteriösen Film
Der Teufel und die Madonna
hochspann. Drama ein. hysterischen Frau, 4 Akte.
Johannisnacht
Wem nie durch Liebe Leid geschah, Geschah durch Liebe Liebe nie. Ergreif. Drama aus den Bergen in 4 Akten.
Erich Kaiser Titz
in dem glänzenden Lustspiel
Fürst Seppl
Grosser Lacherfolg. 3 Akte.

Herren-Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
liefern preiswert
Julius Ollendorff & Co.
Breslau
Albrechtstrasse 14.

Gummiwaren
Leibbinden, Monatsbinden, Spülspritzen, Suspensorien, Damenwäsche
H. Klose,
Breslau I, Nikolaistr. 79,
3. Haus vom Ringe.

Wundervolle, üppige
Büste
wird erlangt durch meine altbewährten
Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.—
beid. zusammen Mk. 16.—
Ferner empfehle bei
Perioden-störung
u. Unregelmäßigkeiten mein altbew. Präpar. Viele freiwill. Dankschreib. Preis Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel Breslau 77 A. Z. Sadowastr. 67, I.

Militär-
Mäntel, Blusen, Hosen, neu und gebraucht; Neue gute Entlassungs- u. feldgr. Anzüge; Neue Stiefel u. Schuhe
kauft:
Max Hadamek,
Breslau V, Brandenburgerstr. 9 III.

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebr. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur I. Etg.

Inserate
hab. in der Schl. „Arb.-Ztg." größten Erfolg.

Sonntag, den 8. August 1920, vormittags 8½ Uhr
in den Elysensälen, Friedrich-Wilhelm-Str. 32
Fortsetzung der Generalversammlung vom 13. Juli 1920

Tagesordnung:
1. Vorstandswahlen; 2. Aufsichtsratswahlen; 3. Verschiedenes.

Breslau, den 28. Juli 1920

Sozialistischer Verlag
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
E. Kunik. Eckert.

Die Mitgliederzahl betrug am 17. März 1919	21
Eingetreten sind im Laufe des Jahres 1919	175
	196
Ausgeschieden sind keine Mitglieder.	
Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1920	196

Breslau, den 28. Juli 1920.

Sozialistischer Verlag
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
gez. E. Kunik. Eckert.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Große öffentliche Frauen-Versammlung

Genossin **Minna Reichard**
Mitglied der Preußischen Landesversammlung spricht am
Freitag, den 6. August, abends 7 Uhr
bei **Brauer**, Gabitzstraße 12.

Thema:
Die Frau und der Sozialismus!

Frauen aller Stände erscheint in Massen.

Der Ortsrat.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Wirtschaftsbezirk Mittelschlesien.
Donnerstag, den 5. August, 7 Uhr
im „Kronprinzen", Westendstraße
Oeffentliche Versammlung
Thema:
K. A. P. D. und Nationalbolschewismus.

Erwerbslosen-Versammlung
Freitag, den 6. August, nachm 2½ Uhr
im „Zirkus Busch".
Der Erwerbslosenrat.

Versammlungskalender der U.S.P.D.
Ortsgruppe Breslau.

Distriktsabende

Donnerstag
den 5. August 1920, abends 7½ Uhr:

Distrikt	2	(Besonderes Inserat)
„	3	Rosenstraße 27 „Acht Schwalben"
„	3a	Fleischkaufstr. 16 (Konietzky)
„	4	Gellhornstr. 21 (Adelung)
„	5	Klosterstr. 85 (Gottlack)
„	6	Lehmgrubenstr. 96 (Krieger)
„	8	Neudorfstr. 84 (Gempke)
„	12	Fischergasse 24

Freitag
den 6. August, abends 7½ Uhr:

Distrikt	1	Wallstr. (Wolfsschlucht)
„	7	Lewaldstr. 16
„	9	Leuthenstr. 12/14 (Scholz)
„	9a	Berliner Straße 37 bei Nitschke

Vollversammlung.
Distrikt 2.
Donnerstag, den 5. August, abends 7½ Uhr
im Lokal „Paketpost", Weiße Ohle 15.
Thema:
Kapitalismus—Sozialismus—Kommunismus.
Ref.: Genosse Bernhard Gruschwitz.
Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Distrikt 10 (Pöpelwitz)
Eichenparkstraße.
Donnerstag, den 5. August 1920
Außerordentl. Distriktsversammlung und Zahlabend.
Tagesordnung: Vortrag des Genossen Fränkel über die politische Lage.
Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Frauen mitbringen.

Distrikt 13. Achtung! Distrikt 13.
Matthiasstraße Ecke Adlerstraße.
Donnerstag, den 5. August, abends 8 Uhr
Außerordentliche Mitgliederversammlung
Wahl des Distriktsführers. Jeder Genosse muß erscheinen.
Die Distriktsleitung.

Achtung! Achtung!
Kreisleitung Gottesberg.
Wir machen nochmals die beteiligten Kreisleitungen auf die am 8. August im Schützenhause Gottesberg, nachm. 4 Uhr stattfindende
Außerordentliche Kreiskonferenz
aufmerksam und ersuchen, vollzählig zu erscheinen. Die Ortsgruppen haben zu dieser Konferenz mindestens zwei einflußreiche Delegierte zu senden. Nichterschienene Ortsgruppen haben sich den gefaßten Beschlüssen zu fügen.
J. A. Müller.

U. S. P. D. Ortsgruppe Reichenbach.
Donnerstag, den 5. August, abends 7½ Uhr
im „Schwarzen Bär"
Außerordentl. Mitgliederversammlung.
Erscheinen jedes Mitgliedes Pflicht.

U. S. P. D. Sandberg.
Außerordentliche Mitgliederversammlung
Sonnabend, den 7. August, abends 7½ Uhr bei **Morch**. Die wichtige Tagesordnung, u. a. Vortrag des Genossen Walter über „Das Parlament" erfordert Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
Der Vorstand.